

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

1. Dezember 2022

ver.di Fachvorstand Steuer im Gespräch mit Finanzsenator Daniel Wesener

„Wir erreichen einen Grenzbereich, der einem wirklich Sorgen machen muss!“

Am 23. November 2022 haben sich Vertretende des ver.di-Fachvorstandes Steuerverwaltung und der ver.di-Jugend erneut mit dem Berliner Finanzsenator Daniel Wesener zu einem Meinungsaustausch getroffen. Für ver.di führten das Gespräch der Vorsitzende Eric Lausch, sein Stellvertreter Jörg Bewersdorf und seine Stellvertreterin Lisa-Marie Psurek, zugleich für die ver.di-Jugend und Marion Fromm, Fachvorstandsmitglied aus dem FA Kö III.



Für SenFin waren außer dem Finanzsenator auch die Staatssekretärin Barbro Dreher, die Abteilungsleiterin III Susanne Klose und der Büroleiter des Senators Alexander Klose, übrigens mit der Abteilungsleiterin III nicht verwandt oder verschwägert, beim Gespräch dabei.

Von allen Seiten wurde zunächst positiv bemerkt, dass nach dem digitalen Zusammentreffen im März 2022 endlich wieder eine Zusammenkunft in Präsenz erfolgen konnte.

Der ver.di-Fachvorstand hatte die Themen Personalsituation, Ausbildung, Stellenbewertung, Leistungsprämien, Grundsteuerreform und klimaneutrale Steuerverwaltung auf die Gesprächsagenda gesetzt. Bei diesem umfangreichen Themenkatalog wunderte es keinen der Teilnehmenden, dass das eigentlich für eine Stunde angesetzt Gespräch deutlich länger dauerte und nach mehr als zwei Stunden erst nach 19 Uhr beendet wurde. Außerdem konnte die Fortsetzung der Gesprächsreihe für das nächste Jahr bereits verabredet werden.

Personalsituation

Eric Lausch wies eingangs erneut auf die äußerst dramatische Personalsituation in den Finanzämtern hin. Nach der zum 30.06.2022 erstellten Statistik der SenFin, die ver.di bereits vorlag, seien 773 Stellen, bezogen auf die Arbeitszeit, nicht besetzt. Das sei eine Steigerung von mehr als 100 nicht besetzten Stellen im Vergleich zum Vorjahr. *„Wir erreichen inzwischen einen Grenzbereich, der einem wirklich Sorgen machen muss“*, so Eric Lausch. Der Finanzsenator entgegnete, dass zum 31.10.2022 noch 430 unbesetzte Stellen ausgewiesen werden. Inzwischen seien außerdem 140 Stellen hinzugekommen. Susanne Klose ergänzte, dass die PersBB neu berechnet werden müsse und nun generell der Bundesstandard angewendet werden solle. Zudem kann die Änderung der Größenklassen, die zu rd. 40 % weniger Großbetrieben führen wird, erhebliche Auswirkungen auf die Stellensituation in der BP haben.

Zuvor hatten es die ver.di-Vertreter*innen ausdrücklich begrüßt, dass der derzeitige erhebliche ausgewiesene Personalbedarf im Außendienst nicht zulasten des Innendienstes ausgeglichen werde.

Frau Klose kündigte zudem an, nach und nach die Beschäftigungspositionen für die im Quereinstieg befristet eingestellten Tarifbeschäftigten in Stellen umwandeln zu wollen. Damit würde eine ver.di-Forderung, keine befristeten Arbeitsverträge abzuschließen – wenn auch spät – erfüllt werden. Jörg Bewersdorf merkt dazu an, dass hier auch verstärkt Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden müssen, damit eine berufliche Perspektive für Tarifbeschäftigte geschaffen werde. *„Bei E 6 darf für Tarifbeschäftigte nicht Ende der Karriere sein“*, so Jörg Bewersdorf. Auch der ver.di-Auffassung, mehr Bereiche zu identifizieren, wo der Einsatz von Tarifbeschäftigten möglich sei, soll nun nachgekommen werden. Außerdem werde das Modell Quereinstieg in der BP in Berlin im kommenden Jahr durchgeführt, auch wenn Hessen das Modell inzwischen mangels ausreichender Bewerbungen eingestellt habe.



Ausbildung

Finanzsenator Wesener wies zur Eröffnung des Ausbildungsthemas auf die aktuellen Bewerbungszahlen hin. Diese seien in diesem Jahr eingebrochen. Mehr Geld für Werbung in die Hand zu nehmen und die Werbung zu verstärken hatte ver.di immer wieder gefordert. Frau Klose teilte dazu mit, dass eine neue Kampagne ausgeschrieben wurde. Hierfür werde nun eine neue Firma gesucht, das Motto *„Die Unbestechlichen“* solle aber beibehalten werden.

Auch die Forderung der ver.di-Jugend nach einer Beschleunigung des Einstellungsverfahrens und Verzicht auf die amtsärztliche Untersuchung bei der Verbeamtung auf Widerruf wurde aufgegriffen. Frau Klose berichtete von einer in Bremen praktizierten Verfahrensweise, bei der die Bewerbenden bei Einstellung eine Selbstauskunft abgeben müssen und nur in begründeten Einzelfällen dann eine amtsärztliche Untersuchung angeordnet werde, das wäre auch eine Idee für Berlin.

Lisa Psurek wiederholte die ver.di-Forderung, die Qualität der Ausbildung zu verbessern. Es sei bezeichnend, dass inzwischen zwar mehr Anwärtinnen und Bewerber eingestellt werden, die Anzahl

der am Ende der Ausbildung vorhandenen Auszubildenden und Studierenden über die Jahre aber nahezu gleichbleibe. Es ergäbe keinen Sinn, immer mehr einzustellen, die uns dann aber letztlich über die Jahre verloren gehen. *„Wenn wir eine attraktive Ausbildung haben, werden wir auch mehr Bewerberinnen und Bewerber finden“*, so Lisa Psurek. Außerdem bekräftigte sie noch einmal die ver.di-Forderung, den Lehrplan in KW zu entschlacken. Frau Klose bestätigte, dass sich damit bereits eine Bundesarbeitsgruppe beschäftige, hier aber erhebliche Widerstände der Fachhochschulen zu überwinden seien, die eine akademische Ausbildung erhalten wollten.

Außerdem thematisierte Marion Fromm das aktuelle Problem, dass der Raum in der Messe Berlin, in der die Klausuren geschrieben werden, deutlich zu schlecht beheizt sei. Finanzsenator Wesener sicherte zu, hier dafür zu sorgen, dass eine ausreichende Temperatur gewährleistet und auch ggf. eine Ausnahmeregelung von der 19°-Regel erwogen werde um den Raum angemessen zu beheizen.

Abschließend zu diesem Thema forderten die ver.di-Vertretenden auch angesichts des höheren Einstellungsalters eine existenzsichernde Ausbildungsbesoldung, ob nun durch eine spürbare Erhöhung der Anwärterbezüge oder der Gewährung eines Anwärtersonderzuschlages, wie z.B. bei der Justiz. Der Bewerbermangel bei uns ist unbestreitbar und dem muss etwas entgegengesetzt werden.

Stellenbewertung

Das Thema Stellenbewertung leitete Marion Fromm mit der wiederholten Forderung ein, attraktive Stellen und Entwicklungsmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte zu schaffen. Aber auch für die Beamtinnen und Beamten müsse da mehr getan werden. *„Wir brauchen höherwertige Stellen auch für den Innendienst, die die Möglichkeit bieten auch ohne einen Wechsel in den FK-Pool oder den Außendienst A 12 oder A 13 S zu werden“*, so Marion Fromm. *„Und auch im mittleren Dienst darf angesichts des Eingangsamtes A 7 nicht bei A 8 Schluss sein.“* Außerdem forderte sie SenFin auf, den Außendienst wieder für den mittleren Dienst zu öffnen und vermehrt A 9 S-Stellen im Innendienst zu schaffen. Frau Klose nahm diesen Apell auf, sieht aber insbesondere bei A 13 S-Stellen im Innendienst kaum eine Umsetzungsmöglichkeit. Das KGSt-Modell für die Stellenbewertung sei verpflichtend anzuwenden und würde eine solche Stellenbewertung nicht zulassen. Die ver.di-Vertretenden forderten SenFin auf, bei der Stellenbewertung mehr Kreativität zu entfalten.

Leistungsprämien

Marion Fromm kritisierte die Zurückhaltung einzelner Amtsleitungen bei der Gewährung von Leistungsprämien deutlich. Sie appellierte, Leistungsprämien verstärkt als Instrument der Wertschätzung einzusetzen. Die Amtsleitungen sollten noch einmal auf der nächsten Amtsleitungsbesprechung motiviert werden, prämienswürdige Mehrleistungen noch in diesem Jahr zu identifizieren und dem Beispiel von SenFin und einigen Amtsleitungen folgen, den möglichen Rahmen auszuschöpfen. *„Hier kann man durchaus mehr Mut an den Tag legen“*, so Susanne Klose. *„Prämien in Höhe von Kleckerbeträgen müssen der Vergangenheit angehören.“* Eric Lausch bestärkte diese Einschätzung und wies darauf hin, dass sich Dienstkräfte, denen eine solche marginale Prämie gewährt wurde, geradezu beleidigt gefühlt hätten und geäußert haben *„Dann sollen sie doch lieber ganz darauf verzichten, eine solche Prämie anzubieten.“*

Klimaneutrale Steuerverwaltung

Mit diesem Thema rannten wir bei Senator Wesener, bekanntermaßen Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, ganz offensichtlich offene Türen ein. *„Es gibt so viele gute Gründe dafür, dass man die gar nicht alle aufzählen kann“*, so Daniel Wesener. Aus seiner Sicht seien da vor allen zwei Bereiche zu fokussieren, nämlich die Gebäudeenergie und der Verkehr. Er wies darauf hin, dass die BIM aktiv die Optimierung der Heizungsanlagen in den landeseigenen Gebäuden vorantreibe. Den Einwand, die BIM werde erst aktiv, wenn eine Verpflichtung bestehe, ließen die SenFin-Vertreter nicht gelten. Man kümmere sich dort um eine Beleuchtungsstrategie durch Umstellung auf LED, um die Ausstattung von Finanzämtern mit Photovoltaikanlagen oder die Mülltrennung. Die ver.di-Vertreter*innen

forderten SenFin auf, hier die konkreten Aktivitäten in den Blick zu nehmen, denn die Beschäftigten hätten schon den Eindruck, dass bei SenFin deutlich mehr gehe als in den Finanzämtern. Als Beispiele wurden Ladestationen für E-Autos und E-Bikes ebenso genannt wie die Ausstattung z. B. mit Wasserspendern. Diesen Ball nahm Frau Klose direkt auf und kündigte an, Haushaltsmittel beantragen zu wollen, um alle FÄ mit Wasserspendern ausstatten zu können. Ob dies allerdings erfolgreich sei, könne nicht abgesehen werden.

Insgesamt wurde die Initiative von ver.di, das Thema Klimaneutralität auf die Tagesordnung in den Finanzämtern zu setzen vom Senator als „*tolles Signal in dieser Runde*“ bezeichnet.

Grundsteuerreform

Abschließend sprachen die ver.di-Vertreter*innen noch die extreme Belastung aufgrund der Grundsteuerreform an. Nicht nur die Kolleginnen und Kollegen aus dem B/E-Bereich seien hier betroffen, sondern ganz besonders auch die Beschäftigten in den Info-Zentralen und im Telefonservice. Die Schaffung einer zentralen Beschwerdestelle bei SenFin wurde in diesem Zusammenhang von ver.di angeregt. Dem wurde sogleich aber eine Absage erteilt. Lediglich acht Kolleginnen und Kollegen seien bei SenFin für diesen Bereich zuständig und bereits bis an die Grenze belastet. Die Finanzämter würden von dem Fachreferat persönlich betreut und dort sei man ohnehin jederzeit für Probleme ansprechbar. Außerdem seien inzwischen ca. 320.000 Erklärungen vor allem von Einzeleigentümern eingegangen, so dass man erwarte, dass die Beschwerden und Nachfragen deutlich rückläufig seien.-

Das Problem sei damit aber nicht erledigt. Aus Sicht der SenFin werde die schwierige Situation noch ca. 18 Monate anhalten, denn nun müssen die Festsetzungen erfolgen und nachfolgend die Rechtsbehelfe bearbeitet werden. Man verkenne bei alledem aber nicht die hohe Belastung und große Einsatzbereitschaft der Beschäftigten in den Finanzämtern. ver.di regt an, dies den Beschäftigten auch einmal ausdrücklich mitzuteilen und ihnen für diese Einsatzbereitschaft zu danken. Unter Hinweis auf unsere Ausführungen zum Thema Leistungsprämien ist auch mehr denkbar.

Inflationsprämie

Abschließend forderte Jörg Bewersdorf den Senator unter Hinweis auf die Laufzeit des aktuellen Tarifvertrages bis zum 30. September 2023 auf, jetzt die mögliche Zahlung einer Inflationsprämie von 3.000,- Euro ernsthaft zu erwägen und diese Forderung mit in den Senat zu nehmen. *„Die Tarif- und Besoldungserhöhung wurde unter völlig anderen Bedingungen vereinbart. Die 2,8 % zum 1. Dezember reichen bei Weitem nicht aus, um die Kostensteigerungen auch nur annähernd zu kompensieren. Die Beschäftigten in den Ländern brauchen jetzt einen spürbaren Ausgleich“*, so Jörg Bewersdorf. Der Senator sicherte zu, dass dieses Thema im Senat erörtert werde.

Wir freuen uns, Sie über dieses Gespräch mit dem Finanzsenator Daniel Wesener, der Staatssekretärin Barbro Dreher und der Abteilungsleiterin III Susanne Klose so ausführlich informieren zu können und versprechen schon heute, auch 2023 in gewohnter Weise an den wichtigen gesellschaftlichen Themen und den Themen der Berliner Steuerverwaltung als ver.di-Aktive dranzubleiben.

Und wir versprechen auch, dass unsere nächsten Veröffentlichungen wieder einen Umfang einnehmen werden, der angesichts der hohen Arbeitsbelastung besser zu verkraften ist.